

der letzten Zeit zwischen beiden Ländern abgeschlossen wurden. Es erweiterte sich die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Organen und den gesellschaftlichen Organisationen, der Erfahrungsaustausch über die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung sowie die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, was zu einem besseren gegenseitigen Kennenlernen beitrug. Die Herstellung und Weiterentwicklung von Kontakten zwischen wissenschaftlichen Institutionen hat ebenfalls zu einer für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit beigetragen. Sie hoben die Bereitschaft beider Seiten hervor, auch in Zukunft in diesem Sinne zu wirken.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und der Präsident, Josip Broz Tito, betonten besonders die Bedeutung der erfolgreichen Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie stellten fest, daß die im vergangenen Jahr gegebenen Empfehlungen ihren Ausdruck fanden in dem abgeschlossenen langfristigen Handelsabkommen für den Zeitraum 1966 bis 1970 und in der weiteren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der industriellen Kooperation, der Spezialisierung und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

Ausgehend von den bereits erreichten Ergebnissen und den Interessen und Möglichkeiten sind beide Seiten der Meinung, daß zur Gewährleistung einer noch größeren Stabilität und Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch weiterhin gemeinsame Anstrengungen bei der Entwicklung der industriellen Kooperation und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit notwendig sind. In diesem Sinne betonen sie die Bedeutung der Tätigkeit des Deutsch-Jugoslawischen Komitees für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und Präsident Josip Broz Tito stimmten überein, daß auch auf dem Gebiet der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bestehen, wobei sie die Nützlichkeit direkter Kontakte der entsprechenden Institutionen und Organisationen betonten.

Beide Seiten kamen überein, ihre Vertretungen in den Rang von Botschaften zu erheben.